

zur Nordsee reicht und keine Landverbindung zum übrigen Bistum Münster aufweist, entweder mit dem verbliebenen Bistum Osnabrück zu fusionieren oder zusammen mit dem Bremer Umland in einem neu zu gründenden *Bistum Bremen* aufgehen zu lassen.

Der in seinen südlichen Teilen stark katholisch geprägte Teil des Bistums Münster verspürt jedoch keinerlei Neigung dazu, seine Zugehörigkeit aufzugeben. Fragen pastoraler Zweckmäßigkeit stoßen hier an die Grenzen historisch gewachsener Bindungen, die zwar in der Sache nicht unbedingt zwingend sein müssen, sich aber emotional-psychologisch als nur schwer überwindbar erweisen. Es kommt hinzu, daß jede substantielle Veränderung immer auch das konkordatar (einschließlich der Rechte im Zusammenhang mit der Bischofswahl) und sonstwie staatskirchenrechtlich fein austarierte Verhältnis von Staat und Kirche berührt. Andererseits sind auch die pastoralen Vorteile nicht so offensichtlich und gravierend, daß sie Reserven dieser Art ohne weiteres an die Seite drängen könnten.

nt

Entschärft

Vor einer neuen Phase der Ökumene in Europa?

Wie steht es mit der ökumenischen Großwetterlage in Europa drei Jahre nach der „Wende“, die den Kirchen im zuvor kommunistisch beherrschten Teil des Kontinents zwischen dem Baltikum und Albanien die Freiheit zurückgab, als deren Folge aber auch das Gespenst eines *neuen Konfessionalismus* auftauchte oder zumindest vielerorts beschworen wurde? So schwierig eine globale Antwort auf diese Frage auch ist, es spricht doch einiges dafür, daß die erste Phase der massiven Irritationen, der gegenseitigen offenen oder versteckten Vorwürfe und Mißverständnisse inzwischen am Abklingen ist, auch wenn die ökumenischen Folgeprobleme des

europäischen Umbruchs natürlich noch längst nicht bewältigt sind.

Zumindest eine gewisse Entspannung ist im *katholisch-orthodoxen* Verhältnis absehbar. Der Konflikt zwischen der ukrainisch-katholischen und der orthodoxen Kirche in der Ukraine hat sich offensichtlich entschärft; der katholisch-orthodoxe Dialog auf Weltebene ist zwar noch nicht über dem Berg, seine Fortsetzung ist aber wahrscheinlich und auch eine grundsätzliche Einigung über die Rolle der mit Rom „unierten“ Ostkirchen erscheint möglich. Allerdings sind in den meisten orthodoxen Nationalkirchen des früheren Ostblocks die Auseinandersetzungen zwischen stärker reformorientierten und mit der Vergangenheit unter den früheren Regimes verbundenen bzw. nationalistisch gesinnten Kräften noch längst nicht ausgestanden oder haben sogar noch kaum wirklich begonnen. Von daher ist zu befürchten, daß antiökumenische bzw. antikatholische Affekte zur Ablenkung von den inneren Problemen im Spiel bleiben werden.

Die *protestantischen* Ängste vor einer umfassenden, die anderen christlichen Kirchen übergehenden oder an den Rand drängenden katholischen Evangelisierungsstrategie für das neue Europa haben sich inzwischen als weit überzogen erwiesen. Die katholische Kirche hat keinen einheitlichen oder gar aggressiv-antiökumenischen „Masterplan“ zur Rechristianisierung Europas, sondern steckt in den meisten Ländern West- wie Osteuropa in einer schwierigen Übergangsphase, die eine umfassende Offensive auch dann unmöglich machen würde, wenn sie überhaupt ernsthaft gewollt wäre. Im übrigen: „Nicht nur katholische Ökumeniker reden und handeln jetzt in ökumenischer Offenheit und Rücksicht, auch der europäische Bischofsrat, die römische Bischofssynode und Papst Johannes Paul II. persönlich haben ökumenische Zeichen gesetzt, welche die Neu-Evangelisierung Europas nicht als katholischen Alleingang, sondern als ökumenische Aufgabe ansehen“ (so Reinhard Frieling in seinem ökumenischen Situationsbericht bei der

diesjährigen Generalversammlung des Evangelischen Bundes am 10. Oktober in Erfurt).

Und wie steht es speziell um die ökumenische Situation in der *Bundesrepublik* zwei Jahre nach dem Beitritt der früheren DDR? Grundlegendes hat sich weder im Positiven noch im Negativen verändert. Die evangelische wie die katholische Kirche in den neuen Ländern sind – auf unterschiedliche Weise – noch dabei, sich an ihre neue Rolle in einem veränderten Umfeld zu gewöhnen: die katholische ist jetzt „Dependance einer Großkirche“ (so ein inzwischen fast geflügeltes Wort des Erfurter Dogmatikers *Lothar Ullrich*), die evangelische hat ihren früheren Nimbus des Besonderen eingebüßt. Ökumenisch gab es in den letzten Jahren zwar einiges an Irritationen und Empfindlichkeiten, aber es wurden keine Gräben aufgerissen. In der „alten“ Bundesrepublik sind sich beide großen Kirchen in hohem Maß unsicher darüber, wie sie sich in den nächsten Jahren auf die gesellschaftlich-kulturellen Bedingungen einstellen sollen und die Diskussion darüber dürfte sich noch intensivieren (Stichworte: Volkskirche, Staat-Kirche-Beziehungen, innerkirchlicher Pluralismus usw.). Daraus könnte und müßte eigentlich ein *Impetus zu ökumenischer Zusammenarbeit* erwachsen, es kann aber auch verstärktes Besitzstandsdenken Platz greifen. Reinhard Frieling stellte seinen ökumenischen Lagebericht vor dem Evangelischen Bund unter die Überschrift: „Wider die ökumenische Gleichgültigkeit“. Den Herausforderungen der Welt könne die Christenheit nur im ökumenischen Schulterschuß begegnen: „Wenn dem in den Konfessionen und zwischen den Konfessionen mancherlei Hindernisse entgegenstehen, dürfen diese nicht zu Resignation führen, sondern müssen im ökumenischen Streit miteinander angepackt werden.“ Der Versuchung zur Gleichgültigkeit muß tatsächlich entschlossen entgegengetreten werden: Im Versuch der Realisierung der heute möglichen Schritte zu größerer Gemeinschaft zwischen den Kirchen, auch wenn sie nur Teillösungen bringen; im innerkatholischen wie -evangelischen

und -orthodoxen Streit um das Verständnis von Kirche und Lehre; in Pflege und Ausbau ökumenischer Zusammenarbeit sowohl in den Ländern Europas, wo sie inzwischen Tradition hat wie dort, wo sie erst mühsam in Gang kommen muß. *ru*

Hoffnungszeichen

Die demokratische Amtsenthebung des brasilianischen Präsidenten

Eine Nacht lang Sambarhythmen, Hupkonzerte und Feuerwerk in Brasiliens Straßen – es war ein riesiges Volksfest, Karneval. In vielen anderen Städten wiederholten sich die Szenen. Als Hoffnungszeichen feierten Hunderttausende die mit großer Mehrheit am 30. September erfolgte Zustimmung der brasilianischen Abgeordnetenkammer zum Absetzungsverfahren („impeachment“) gegen den in Korruption verstrickten Präsidenten *Fernando Collor de Mello*. Für die Feiernden war dieses Absetzungsverfahren auf ausschließlich demokratischen Wegen ein Zeichen des Durchbruchs, eines Etappensieges der jungen Demokratie. Verfassungsorgane und demokratische Institutionen haben ihre Funktionsfähigkeit unter Beweis gestellt. Daß der noch ausstehende Senatsspruch die Entscheidung der ersten Kammer nicht bestätigen werde, daran scheint wirklich nur noch Collor selbst zu glauben.

Zum Hoffnungszeichen wurde das Geschehen – Korruption an höchster Stelle angeprangert und verfolgt – auch über die brasilianischen Landesgrenzen hinaus. Der Blick auf die Demokratien in unmittelbarer Nachbarschaft Brasiliens ist desillusionierend genug: Im durch Terror und Gewalt zermürbten Peru hat Präsident *Alberto Fujimori* per Staatsstreich von oben das Parlament nach Hause geschickt. Beim Nachbarn Venezuela hat das Parlament seinem Präsidenten *Carlos Andrés Pérez* Auslandsreisen verboten, da quasi täglich eine Wiederho-

lung des Putschversuches im Februar befürchtet wird. Dazwischen liegt Kolumbien, wo Präsident *Cesar Gaviria* von Drogenbossen in Luxusgefängnissen vorgeführt wird.

In Brasilien demonstrierte das Volk über Wochen und Monate hinweg – brasilianisch kreativ und originell –, daß es nicht weiter Opfer von Korruption und permanentem Machtmißbrauch sein will. Die *Medien* übernahmen zum großen Teil die keineswegs selbstverständliche Rolle des unabhängigen Kritikers. Gewohnheitsmäßig unauffällig gehorchende kleine Angestellte und Beamte bewiesen als Zeugen im Untersuchungsverfahren in aller Öffentlichkeit Zivilcourage. Daß ausgerechnet der Bruder des Präsidenten den Stein ins Rollen brachte, stellt zumindest einen Bruch mit „guter, alter“ Tradition dar; haben doch gerade Familiensolidarität und Sippenzusammenhang die brasilianischen „Eliten“ im Kampf um die ungeteilte Macht stark gemacht.

Vor allem aber übte sich das *Militär* – wenn auch vielleicht stärker durch eine realistische Einschätzung der Malaise des Landes als durch demokratische Grundüberzeugungen motiviert – in neutraler Zurückhaltung. Hoffnungsvoll kommentierte auch der Erzbischof von Bahia, Kardinal *Lucas Moreira Neves*, die Überwindung der Regierungskrise ohne Gewalt und Einmischung des Militärs als Zeichen von „Reife und Verantwortungsbewußtsein“.

Zum ersten Mal in der Geschichte Lateinamerikas wurde ein Präsident durch ein demokratisches Verfahren amtsenthoben. Jedoch war Collor auch das erste frei vom Volk gewählte Staatsoberhaupt der neuen brasilianischen Republik, nachdem *José Sarney* als designierter Vizepräsident des noch vor der Amtsübernahme verstorbenen *Tancredo Neves* zum Präsidenten ernannt worden war. Sicherlich haben die Befürworter eines parlamentarischen Regierungssystems in Brasilien mit der jüngsten Krise Auftrieb bekommen. Im nächsten Jahr soll in einem Referendum das traditionell paternalistisch geprägte *Präsidialsystem* zur Abstimmung stehen.

Umfrageergebnisse haben im Sommer dieses Jahres gezeigt, daß immerhin 54 Prozent der Brasilianer die Einführung eines parlamentarischen Regierungssystems begrüßen würden.

Ist es wirklich gerechtfertigt von einem Etappensieg auf dem Weg zu einem „neuen Brasilien“ zu sprechen? Schon am Tag der spektakulären Parlamentsentscheidung haben Beobachter und Kommentatoren Fragezeichen gesetzt – teils mit dem Hinweis auf die Gesamtsituation im größten lateinamerikanischen Staat, teils mit nüchternem und nur sehr verhalten optimistischem Blick auf den Nachfolger Collors, den Interimspräsidenten für sechs Monate, *Itamar Franco*. Bei dem bis dato den meisten Brasilianern unbekanntem Vizepräsidenten fürchten die Kenner der Politszene seinen Ruf als Nationalist. Die um die Fortsetzung der von Collor eingeleiteten Privatisierung und Liberalisierung besorgten Wirtschaftskräfte fürchten dagegen den Franco nachgesagten Hang zu staatlichen Eingriffen. Nur mühsam gelang es ihm, nach fast einwöchigen Verhandlungen, mit den Vertretern diverser Parteien eine Regierung des „consenso nacional“ zu bilden.

Skeptiker mißtrauen sehr viel grundsätzlicher dem durch gemeinsame Gegnerschaft entstandenen Bündnis zwischen den demonstrierenden Massen und der politischen Opposition. Denn die Amtsenthebung war auch die Stunde der Opportunisten. Recht unverhohlen begann gleich nach der Enthebung Collors das Feilschen um Ministerposten. Um die enorme Distanz zwischen der Bevölkerung und den politischen Institutionen zu überwinden, sind oder wären jetzt besonders die Parteien angefragt, die in Brasilien ohne wirkliche Ideologie oder Tradition meist als personalistische Wahlvereine gelten. Von der Kritik ausgenommen wird dabei nur die „Arbeiterpartei“ des *Luis da Silva*.

Die Tatsache, daß eine so schwere Regierungskrise auf von der Verfassung legitimierten Wegen gelöst wurde und daß versucht wurde, den Sumpf der Korruption ausgerechnet an so prominenter Stelle trockenenzulegen, bleibt bei aller Skepsis dennoch